18. Wahlperiode 25.03.2015

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Oliver Krischer, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/4248 –

Erdgasversorgung in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Obwohl der aktuelle Winter verhältnismäßig mild ist, sind die Gasspeichervorräte in Deutschland auf dem niedrigsten Stand seit vier Jahren. Gleichzeitig hat die Bundesregierung keine Probleme mit den Verkäufen von Erdgasspeicherkapazitäten an ausländische Investoren wie Gazprom (siehe Bundestagsdrucksache 18/3111). Angesichts potenzieller Versorgungsengpässe gibt es Forderungen nach einer strategischen Erdgasreserve und einem stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz.

1. Wie hat sich nach Information der Bundesregierung die Gesamtkapazität an Erdgasspeichern in den vergangenen 20 Jahren (bitte nach Jahren aufschlüsseln) in Deutschland entwickelt?

Die Entwicklung der Gesamtkapazität an Erdgasspeichern in den vergangenen 20 Jahren zeigt die nachstehende Tabelle:

Jahr	Kaverne	Aquifer	Lagerstätten	Summe	
	Zahlenangaben in Mrd. m ³ (Vn)				
1993	4,081	368	5,868	10,317	
1994	4,650	445	6,856	11,951	
1995	4,796	783	7,846	13,425	
1996	4,977	795	8,321	14,093	
1997	5,389	1,012	9,009	15,410	
1998	5,593	1,472	9,031	16,096	
1999	5,810	1,637	10,906	18,353	
2000	6,138	1,502	10,916	18,556	

Jahr	Kaverne	Aquifer	Lagerstätten	Summe	
	Zahlenangaben in Mrd. m ³ (Vn)				
2001	6,074	1,505	11,520	19,099	
2002	5,720	1,590	11,460	18,770	
2003	6,129	1,590	10,880	18,599	
2004	6,328	1,587	11,019	18,934	
2005	6,888	1,489	10,876	19,253	
2006	6,878	1,489	10,923	19,290	
2007	7,507	1,504	10,907	19,918	
2008	7,816	1,504	10,952	20,272	
2009	8,059	1,522	11,223	20,804	
2010	9,219	877	11,201	21,297	
2011	9,993	877	9,551	20,421	
2012	12,068	877	9,717	22,662	
2013	13,220	887	9,714	23,821	
Stand: 31.12.2013 Quelle: Jahresbericht Erdöl und	Erdgas in der Bundesrepubl	ik Deutschland, Landesamt	für Bergbau und Geologie, N	Viedersachsen	

2. Welche Unternehmen betreiben nach Information der Bundesregierung gegenwärtig die vorhandenen Erdgasspeicher?

Erdgas-Porenspeicher				
Ort	Firma			
Allmenhausen	TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH / E.ON Thüringer Energie AG			
Bad Lauchstädt	VNG Gasspeicher GmbH			
Berlin	Berliner Erdgasspeicher GmbH & Co. KG / GASAG Berliner Gaswerke AG			
Bierwang	E.ON Gas Storage GmbH			
Breitbrunn-Eggstätt	RWE Dea AG, Storengy Deutschland GmbH / E.ON Gas Storage GmbH			
Buchholz	VNG Gasspeicher GmbH			
Eschenfelden	E.ON Gas Storage GmbH / N-Ergie			
Frankenthal	Enovos Storage GmbH			
Fronhofen-Illmensee	Storengy Deutschland GmbH			
Hähnlein	E.ON Gas Storage GmbH			
Inzenham	RWE Dea AG / RWE Dea Speicher GmbH			
Kalle	RWE Gasspeicher GmbH			
Kirchheilingen	VNG Gasspeicher GmbH			
Rehden	astora GmbH & Co. KG / WINGAS GmbH			
Reitbrook	Storengy Deutschland GmbH			
Sandhausen	E.ON Gas Storage GmbH / terranets bw			
Schmidhausen	Storengy Deutschland GmbH			
Stockstadt	E.ON Gas Storage GmbH			
Stockstadt	E.ON Gas Storage GmbH			
Uelsen	Storengy Deutschland GmbH			
Wolfersberg	RWE Dea AG / Bayerngas			

Firma		
Firma		
VNG Gasspeicher GmbH		
VNG Gasspeicher GmbH		
Storengy Deutschland GmbH		
swb Netze GmbH & Co. KG		
ONTRAS-VNG Gastransport GmbH		
GHG-Gasspeicher Hannover GmbH		
E.ON Gas Storage GmbH		
ENECO Gasspeicher GmbH		
KGE - Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG		
NUON Epe Gasspeicher GmbH		
RWE Gasspeicher GmbH		
RWE Gasspeicher GmbH		
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		
Etzel Kavernenbetriebsgesellschaft mbH & Co. KG / IVG Caverns GmbH		
Friedeburger Speicherbetriebsgesellschaft mbH Crystal / IVG Caverns GmbH		
Statoil Deutschland Storage / IVG Caverns GmbH		
E.ON Gas Storage GmbH / IVG Caverns GmbH		
Storengy Deutschland GmbH		
EWE GASSPEICHER GmbH		
EWE GASSPEICHER GmbH		
Erdgasspeicher Peissen GmbH		
Stadtwerke Kiel AG / E.ON-Hanse AG		
E.ON-Hanse AG		
E.ON Gas Storage GmbH		
EWE GASSPEICHER GmbH		
Storengy Deutschland GmbH		
Gas-Union GmbH		
EWE GASSPEICHER GmbH		
RWE Gasspeicher GmbH		
RWE Gasspeicher GmbH		

Stand: 31.12.2013

Quelle: Jahresbericht Erdöl und Erdgas in der Bundesrepublik Deutschland, Landesamt für Bergbau und Geologie

3. Wie hoch ist nach Information der Bundesregierung dabei der Anteil von Unternehmen bzw. Teilen von ihnen, die nicht ihren Hauptsitz in Deutschland haben?

Der Anteil an den Arbeitsgaskapazitäten, die von Töchtern ausländischer Unternehmen gehalten werden, liegt bei ca. 2,5 Milliarden Kubikmetern. Hinzu kommen ca. 6,4 Milliarden Kubikmeter an Arbeitsgaskapazität, die über Gemeinschaftsunternehmen mit inländischen Unternehmen gehalten werden.

4. Welche Speicherkapazitäten befinden sich nach Information der Bundesregierung derzeit in Planung bzw. im Bau?

Derzeit befinden sich ca. 6 Milliarden Kubikmeter Arbeitsgasvolumen in Planung bzw. im Bau (Quelle: Jahresbericht Erdöl und Erdgas in der Bundesrepublik Deutschland, Landesamt für Bergbau und Geologie, Niedersachsen).

5. Welche Zeiträume können nach Information der Bundesregierung in Deutschland durch die vorhandenen Speicher im Falle eines Ausbleibens von Erdgaslieferungen überbrückt werden auf Grundlage vorhandener Daten zu gewöhnlichen Temperaturen im Jahresmittel?

Das gesamte Arbeitsgasvolumen der in Deutschland gelegenen Speicher beträgt 23,8 Milliarden Kubikmeter bei einem Jahresverbrauch von ca. 95 Milliarden Kubikmeter. Rechnerisch könnte damit der Verbrauch von 90 Tagen abgedeckt werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich der Zeitraum in nachfragestarken Zeiten verkürzt.

- 6. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den niedrigsten Erdgasspeicherfüllstand seit vier Jahren (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 11 der Abgeordneten Bärbel Höhn auf Bundestagsdrucksache 18/4001) von lediglich 54,41 Prozent am 3. Februar 2015, und wo liegt derzeit der Füllstand?
- 7. Wodurch sind die Gasspeicherfüllstände nach Ansicht der Bundesregierung auf dem niedrigsten Wert der vergangenen vier Jahre, und wie will die Bundesregierung diesen potenziellen Versorgungsengpässen zukünftig entgegenwirken?
- 10. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass Gasunternehmen derzeit Erdgas vorwiegend aus Erdgasspeichern kaufen, als nach Information der Bundesregierung über Gazprom zu erwerben, da es günstiger ist, und falls ja, welche Auswirkungen hat dies auf die Versorgungssicherheit?

Die Fragen 6, 7 und 10 werden gemeinsam beantwortet.

Nach Auffassung der Marktteilnehmer nutzen Gasversorger mit langfristigen russischen Lieferverträgen verstärkt Erdgas aus Speichern, um diese ab dem zweiten Quartal 2015 mit dann billigerem russischen Gas zu füllen.

Der derzeitige Speicherfüllstand (12. März 2015) liegt bei ca. 33 Prozent.

Mit dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegebenen Gutachten "Möglichkeiten zur Verbesserung der Gasversorgungssicherheit und der Krisenvorsorge durch Regelungen der Speicher (strategische Reserve, Speicherverpflichtungen), einschließlich der Kosten sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Markt" soll die Grundlage geschaffen werden, über mögliche Änderungen der Speicherbewirtschaftung zu entscheiden. Dabei sind Entwicklungen auf EU-Ebene mit zu berücksichtigen.

8. Hält die Bundesregierung die derzeitigen Füllstände in den Gasspeichern für ausreichend, um eine Versorgungssituation wie sie im Spätwinter/Frühjahr 2012 anzutreffen war, jetzt zu meistern?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, was tut die Bundesregierung, um die Situation zu verbessern?

Neben Speichern können auch zusätzliche Mengen von den Lieferländern bezogen werden. Zudem hat sich die Transportinfrastruktur seit dem Jahr 2012 verbessert.

9. Aus welchen Quellen will die Bundesregierung angesichts solch niedriger Füllstände in deutschen und anderen westeuropäischen Ländern im Krisenfall bei einem russischen Lieferstopp an die Ukraine Gas in die Ukraine liefern?

Es ist Aufgabe der Unternehmen, die Lieferverpflichtungen gegenüber der Ukraine eingegangen sind, das Gas zu beschaffen.

11. Kann nach Ansicht der Bundesregierung bei tiefen Temperaturen unter Minus 5 Grad Celcius in den kommenden Wochen eine Gefahr für die Erdgasversorgung bestehen analog zum Gasengpass im Februar 2012?

Neben einer verbesserten Transportinfrastruktur besteht die Möglichkeit, zusätzliche Erdgasmengen zu beziehen, um die Nachfrage zu befriedigen. Gänzlich ausschließen lässt sich eine regionale Engpasssituation beim Zusammentreffen von erheblichen Lieferunterbrechungen und großer Nachfrage nicht.

12. An welchen Auftragnehmer hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Studie "Möglichkeiten zur Verbesserung der Gasversorgungssicherheit und der Krisenvorsorge durch Regelungen der Speicher (strategische Reserve, Speicherverpflichtungen) einschließlich der Kosten sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Markt" in welchem finanziellen Umfang vergeben?

Wann wird die Studie der Bundesregierung vorliegen, und plant die Bundesregierung sie zu veröffentlichen?

Die Auftragserteilung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie erfolgte an Becker Büttner Held (BBH) Partnerschaft, Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater in Berlin. Der Auftrag hat einen Gesamtwert von 106 500 Euro. Der Endbericht soll im Mai 2015 vorliegen.

Die Bundesregierung beabsichtigt die Endergebnisse der Studie zu veröffentlichen.

13. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die behördliche Genehmigung der britischen Regierung zum Verkauf der RWE DEA AG an die LetterOne Group, und teilt sie die Einwände der britischen Regierung?

Das britische Energie- und Umweltministerium prüft nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig noch, ob es LetterOne auf Basis des britischen Petroleum Licensing Regulations Act die vom Verkauf umfassten britischen Gasförderlizenzen entzieht und das Unternehmen verpflichtet, diese an einen noch zu bestimmenden Dritten zu übertragen. Der dabei zugrunde liegende gesetzliche Prüfmaßstab unterscheidet sich grundlegend vom deutschen Recht.

Das britische Ministerium hat, anders als dies nach dem deutschem Außenwirtschaftsgesetz der Fall ist, freies Ermessen bei seiner Entscheidung.

14. Wann soll der komplette Verkauf der Wintershall Holding GmbH an Gazprom nach Information der Bundesregierung komplett abgeschlossen sein, und welche "organisatorischen Gründe" (siehe Bundestagsdrucksache 18/3111, Antwort zu Frage 16) gab es nach Information der Bundesregierung für die Verzögerung?

Der geplante Asset-Tausch zwischen Gazprom und BASF/Wintershall wurde gestoppt. Begründet wurde dies von den Beteiligten mit der angespannten politischen Lage.

15. Um welches LNG-Terminal (LNG – Liquid Natural Gas, Flüssigerdgas) in Deutschland, welches nach Information der Bundesregierung in Planung ist (siehe Bundestagsdrucksache 18/4006, Antwort zu den Fragen 25 und 28), handelt es sich konkret, und welche Gespräche mit welchem Inhalt gab es dazu zwischen den Beteiligten?

Die Bundesregierung führt mit verschiedenen Akteuren Gespräche über ein mögliches LNG-Terminal in Deutschland. Eine Investitionsentscheidung wurde bisher nicht getroffen.

16. Wird die Bundesregierung ein solches LNG-Terminal – im Rahmen einer Diversifizierung von Erdgasbezugsquellen – unterstützen (bitte begründen)?

Die Bundesregierung unterstützt politisch privatwirtschaftliche Bemühungen zum Bau eines LNG-Terminals, um den Erdgasbezug weiter zu diversifizieren.

17. Unterstützt die Bundesregierung eine Zusammenlegung oder weitgehende Angleichung der Marktbedingungen des deutschen Marktgebiets NCG mit dem belgischen Marktgebiet?

Wenn ja, wie sieht diese Unterstützung konkret aus, und welche Vorteile verspricht die Bundesregierung sich davon?

Wenn nein, warum nicht?

18. Welche Alternativen zu der in Frage 16 genannten Zusammenlegung von Marktgebieten in Europa strebt die Bundesregierung an, und wann wird sie ggf. diesbezügliche Entscheidungen treffen?

Die Fragen 17 und 18 werden gemeinsam beantwortet.

Die weitere Zusammenlegung von Gasmarktgebieten sollte angestrebt werden, wenn dies bei gleichbleibenden oder geringeren Infrastrukturkosten zu einem höheren Nutzen im Gesamtsystem führt. Die Bundesnetzagentur wurde beauftragt, die Potenziale sowohl nationaler als auch grenzüberschreitender Marktgebietszusammenlegungen sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf den Gasmarkt anhand eines Gutachtens zu bewerten. In die Betrachtung sollen insbesondere auch Gesichtspunkte der Versorgungssicherheit einfließen. Nachdem die Ergebnisse vorliegen, können die rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlichenfalls im Rahmen der im Jahr 2015 anstehenden Novelle der Gasnetzzugangsverordnung berücksichtigt werden.

